



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2006

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Einschleppung der Vogelgrippe verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der illegale Import von lebendem Geflügel und von Geflügelprodukten über den Reiseverkehr einen nicht zu unterschätzenden Übertragungsweg des Vogelgrippe-Erregers nach Europa darstellt.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung frühzeitig sachgerechte und vorausschauende Maßnahmen zum Schutz vor der Einschleppung der Vogelgrippe ergriffen hat und Reisende insbesondere aus Risikoländern verstärkt kontrolliert.

Der Landtag hält es unbedingt für erforderlich, dass auch andere Staaten ihrer Verantwortung und ihren Verpflichtungen an den Außengrenzen gerecht werden, und bittet die Landesregierung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken.

Der Landtag unterstützt die Forderung der Landesregierung, für Einreisende in die EU eine Selbsterklärungspflicht mit Sanktionscharakter nach dem Vorbild der USA oder Australiens einzuführen.

Begründung:

Zum Schutz vor der Einschleppung des Vogelgrippe-Erregers finden neben zusätzlichen Kontrollen am Flughafen Frankfurt in Hessen auch stichprobenartige Kontrollen von Fernreisebussen statt. Allein am Flughafen Frankfurt konnten bei diesen Kontrollen über 15 Tonnen Lebensmittel sichergestellt werden.

Wenn wahrheitswidrige Selbsterklärungen mit empfindlichen Geldstrafen belegt werden, ergibt sich eine zusätzliche Abschreckung, Geflügel oder Geflügelprodukte illegal einzuführen.

Wiesbaden, 17. Januar 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)